



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

P/X/43 - 19.2.1955

Hinweise
auf den Inhalt:

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170
Fernsprecher 21831-33
Fernschreiber 039890

Gesetzesinflation	S. 1
Nach dem Scheitern Pineaus	S. 3
Die Angst vor dem Volk/zur Technik der Adenauer-Versammlungen	S. 5
Nun auch "Rückertstattegeschädigte"	S. 6
Anhang: Zum 30. Todestag von Friedrich-Ebert	

Hilfe - wir ersticken in Gesetzen!

Von Hanns Heinz Bauer, MdB

In Kürze wird ein Enquete-Ausschuß des Bundestages seine Arbeit aufnehmen, um das Gestrüpp der unzähligen Paragraphen, Gesetze und Rechtsverordnungen zu lichten. Ansätze dazu hat schon der erste Deutsche Bundestag unternommen, einige Länderregierungen sind an der gleichen Arbeit und auch im Justizministerium befasst man sich mit diesem Komplex. Auch aus der Weimarer Zeit kennt man entsprechende Flurbereinigungen, so hat der frühere Reichsinnenminister Külz etwa 4000 entbehrlich gewordene Gesetze und Verordnungen für ungültig erklären lassen und der preußische Innenminister Severing konnte sogar weit über 100 000 völlig veraltete und teilweise bis ins 18. Jahrhundert zurückreichende Polizeiverordnungen annullieren.

Es geht aber nicht nur darum, die alten Zöpfe abzuschneiden, der Gesetzgeber müßte vielmehr auch darauf Wert legen, die Gesetzgebungsflut einzudämmen und sie in vernünftige und vertretbare Bahnen zu lenken.

Das Reichsgesetzblatt von 1925 bis 1929, also für einen Zeitraum von fünf Jahren, hatte einen Umfang von 2212 Seiten. Wenn man 1953 nur die erste Hälfte des Bundesgesetzblattes überblättert, dann landet man bereits bei der Seite 1607, man kann also grob gerechnet eine zehnfache Gesetzesproduktion unterstellen. Der erste Deutsche Bundestag hat rd. 500 Gesetze verabschiedet, die Länder schätzungs-

weise im gleichen Zeitraum 2000. Der Bundesrat hat weiter nach einer Äußerung seines Präsidenten von seinem Bestehen bis Oktober 1954 zu 593 Gesetzen und 729 Verordnungen Stellung nehmen müssen. Selbst wenn man nur mit 20 Paragraphen im Durchschnitt pro Gesetz rechnet, ergibt das eine Zahl von 26,440 Paragraphen.

Doch nicht nur die Gesetzesflut allein macht dem Staatsbürger zu schaffen, manchmal noch störender ist, dass die Mehrheit im Bundestag Gesetze durchpeitscht, die sich in der Praxis nachher nicht bewähren. Nur ein einziges Beispiel dafür: der § 302 des Lastenausgleichsgesetzes, der Mittel für Geschädigte bereitstellt, war so mißdeutig, dass er sofort eine "Weisung" erforderlich machte. Dieser Weisung folgte einen Monat später eine "Anleitung zur Weisung", zwei Monate später folgte eine "Sonderanweisung", im gleichen Monat noch ein "Runderlass" und kurz darauf eine "ergänzende Weisung". Diese fünf Zusatzvorschriften sind dann von den einzelnen Landesausgleichsämtern weiter "vervollkommenet" worden, so dass ein einziger nicht vernünftig gefasster Paragraph Hunderte von Ämtern in Bewegung setzte. Daneben erschwert dem Staatsbürger der Hang zum Perfektionismus das Leben. Wie sich hier die "deutsche Gründlichkeit" auswirkt, zeigt allein die Tatsache, dass es auf dem Gebiet der Gewerbeüberwachung 1747 gültige Gesetze, Verordnungen und Erlasse gibt, von denen sich allein 217 auf den Milchhandel beziehen.

Es ist also tatsächlich an der Zeit, dassentbehrlich gewordene Gesetze, die vor allem in den Notzeiten nach dem Zusammenbruch entstanden sind und aus der Besatzungszeit stammen, aussortiert und beseitigt werden, dass die Unzahl der so lästigen Verweisungen auf andere Vorschriften auf ein Mindestmaß zurückgeführt werden und dass vor allem die bestehenden Normen des Grundgesetzes auch den Gesetzen angepasst werden.

Tatsache ist, dass mit jedem neuen Gesetz eine Einschränkung der Freiheit des Staatsbürgers verbunden ist, die nur dann in Kauf genommen werden sollte, wenn ein geordneter Ablauf des staatlichen Lebens dies unumgänglich erfordert. Eine Durchforschung des allzu üppig gewordenen Vorschriftenwesens ist erforderlich, um das Rechte wieder überschaubar zu machen. Die Aufgabe, die sich der Enquete-Ausschuss des Bundestages gestellt hat, ist groß, aber auch nützlich. Sie wird aber nur dann erfolgreich sein, wenn auf der anderen Seite die weggefallenen 100 alten Gesetze nicht durch 100 neue ersetzt werden. Nach den Ankündigungen, dass allein in Gefolge der Pariser Verträge 16 bis 20 neue Gesetze notwendig sein werden, kann man aber zumindest skeptisch sein.

Eine Krise ohne Ende

J.K., Paris

Als in den ersten Morgenstunden des letzten Sonnabend die französische Nationalversammlung dem Sozialisten Pineau das Vertrauen versagte, hatte der Präsident der Republik einen ungewöhnlichen Plan. Er ließ wissen, - es war um 2 Uhr 40 in der Nacht - er werde die Präsidenten beider Häuser zu sich bitten, um ihnen vorzuschlagen, die Fraktionsführer zusammenzurufen, damit sie sich über die Person eines Kandidaten für die Ministerpräsidentenschaft einigten. Diese ungewöhnliche Überlegung des Präsidenten kennzeichnet die Situation, in der sich Frankreich seit dem mutwillig herbeigeführten Sturz von Mendès-France befindet.

Während der Nachtsitzung, in der Pineau versuchte, das Vertrauensvetum für sein aus so heterogenen Elementen zusammengesetztes Kabinett zu erreichen, erklärte der einstige Ministerpräsident Paul Reynaud als Sprecher der unabhängigen Konservativen, seinen Freunden läge weniger an der Kürze der Krise, als an der Lebensdauer der Regierung, die aus ihr hervorginge. Daher lehne er es ab, der Regierung Pineau das Vertrauen auszusprechen. Wie immer man zu Reynaud und seinen Freunden stehen mag, Tatsache ist, dass Pineau nur die Hoffnung auf eine winzige Mehrheit haben konnte und sein Kabinett von vornherein auf äußerst schwacher Grundlage gestanden hätte.

Spätestens bei der Behandlung der Pariser Verträge im Senat wäre Pineau in schwerste Bedrängnis gekommen. Dies ergab sich bereits vor der entscheidenden Nachtsitzung aus der Feststellung der 17 von der Fraktion ausgeschlossener sozialistischer "Rebellen", deren Sprecher betonte, sie, die Ausgeschlossenen, würden, weil sie gegen die Pariser Verträge gestimmt hätten, ihren ablehnenden Standpunkt weiterhin vertreten, ob nun ein Sozialist am Ruder sei oder nicht.

Nicht anders sah es bei den Radikalen aus. Man muß sich erinnern, dass gegen den Radikalen Mendès-France der Todesstoß nicht so sehr aus den Reihen des MRP geführt wurde als vom rechten Flügel der Radikalen selbst, deren Sprecher der ehemalige Ministerpräsident Rene Mayer war. Sein scharfer unsachlicher Angriff, den keiner mit Krasse-

ren Worten gegeißelt hat, als der große katholische Politiker und Dichter Mauriac, stützte sich auf Gedankengänge, die sonst nur bei der äußersten Rechten zu hören sind. So kommt es, dass ihm und den 19 Radikalen, die ihn unterstützten, der bittere Vorwurf gemacht wird, sich mit der "Reaktion" verbündet zu haben. Wenn nun Pineau hinsichtlich der Nordafrika-Politik Pläne entwickelte, die denen der Regierung Mendès-France glichen wie ein Ei dem anderen, so konnten sich Rene Mayer und seine Freunde nicht plötzlich von Reaktionären zu Reformern wandeln.

Die von Rene Mayer, dem MRP und den Kommunisten heraufbeschworenen Krise dauert nun bereits mehr als zwei Wochen an. Das ist siebenmal so lang, als sie zu benötigen glaubten, um eine Regierung nach eigenem Geschmack aufzustellen. Vielleicht wäre alles anders gekommen, wenn über den Debutierten das Damoklesschwert der Kammernauflösung gedroht hätte. Doch hat der Präsident der Republik nach der Verfassung nur unter einer einzigen, im Augenblick nicht gegebenen Voraussetzung die Möglichkeit, die Nationalversammlung aufzulösen. Darum mag er auch auf den Gedanken gekommen sein, nicht selbst einen vierten Versuch zur Regierungsbildung zu unternehmen.

Als man in der Stunde der Not Mendès-France im vorigen Juni, als Frankreich in Indochina verblutete und die Wirtschaft sich der Gefahr des völligen Ruins gegenüber sah, rief, einigte man sich in wenigen Stunden. Doch diese Gefahren sind dank Mendès-France vorbei. Die einzelnen Gruppen können nun wieder ihren Sonderinteressen nachjagen. Die Reformpläne für Afrika passen den "Koloniallisten" nicht; die für die Landwirtschaft stoßen auf Widerstand bei den Bauern; die für die Industrie finden keine Gegenliebe bei einflussreichen Produktionsgruppen. Und neben allen diesen Gegensätzlichkeiten besteht die große Meinungsverschiedenheit über die Pariser Verträge.

Wie es Rene Coty oder den Präsidenten der beiden Kammern gelingen wird, aus diesem Dilemma einen Ausweg zu finden, könnte nach dem Scheitern des Kompromißversuches von Pineau niemand sagen. Denn als Mendès-France trotz aller Gegenwehr fiel, wurde nicht einfach eine Regierung gestürzt, vielmehr sollte eine Reformpolitik beendet werden, ehe sie sich entfalten konnte. Rund die Hälfte der Parlamentarier sieht in Reformen die Rettung für Frankreich. Die andere Hälfte will am Hergebrachten festhalten. Wie es gelingen kann, aus diesem Dickicht einen Ausweg zu finden, der nicht in kürzester Zeit wieder verschüttet wäre, ist vorläufig noch rätselhaft.* * *

SPD-Pressedienst

P/X/43

- 5 -

19.2.1955

"Öffentliche" Kundgebungen

he. Durch die Aktionen der Opposition und ihrer überzeugenden Argumente gegen die Pariser Verträge ist die Bundesregierung offensichtlich in die Defensive gedrängt. Eine Gegenaktion wurde beschlossen. Der Kanzler selbst trat in einigen Kundgebungen auf, um der "Bevölkerung" die Argumente für die Ratifizierung des Pariser Vertragswerks nahezubringen. Die SPD führt im Rahmen ihrer Aktion öffentliche Kundgebungen durch, zu der jeder Bürger Zutritt hat. Der gewaltige Andrang zu diesen Kundgebungen und ihr zustimmender Verlauf zeigt die wachsende Resonanz, die die Konzeption der SPD in weitesten Bevölkerungskreisen, weit über den Rahmen der Partei hinaus, gefunden hat.

Anders bei den Kundgebungen mit dem Bundeskanzler. Es hat längst nicht jeder Zutritt! Nur Anhänger seiner Politik erhalten Eintrittskarten und die örtlichen Organisationen sind sichtlich bemüht, keinem anderen eine Eintrittskarte zukommen zu lassen. Ein konkretes Beispiel für diese Methoden: Fünf Tage vor einer Kanzler-Kundgebung wurden die Einwohner dieser Stadt durch die Tagespresse von der Kundgebung in Kenntnis gesetzt. Gleichzeitig wurde mitgeteilt, dass Eintrittskarten von 9 - 12 Uhr und von 15 - 17 Uhr in der DCU-Geschäftsstelle erhältlich seien. Ein Arbeiter, der am gleichen Tage, um 16.45 Uhr, die Geschäftsstelle aufsuchte und 20 Karten für sich und seine Arbeitskollegen abholen wollte, erhielt die Mitteilung, dass sämtliche Karten bereits ausgegeben seien. Nachdem er aber seinen Namen und seine Arbeitsstelle genannt hatte, wurden ihm Karten zugesagt, aber noch nicht ausgehändigt.

Er wurde nunmehr auf zwei Tage später beschieden. Wollte man erst Erkundigungen einziehen? Selbstverständlich bekam er zwei Tage später keine Karten mehr: sie waren vergriffen. So steuert man also "öffentliche" Kundgebungen, in denen der Kanzler spricht. Die Frage liegt nahe, warum tut man es?

Es muss doch sehr schlecht um eine Sache bestellt sein, wenn man sie nicht in aller Öffentlichkeit vorzutragen wagt, sondern den Kreis der Zuhörer auf treue Anhänger beschränkt. Diese spenden natürlich

Beifall und tragen ein Bild der Zustimmung in die Öffentlichkeit. Eines wird aber deutlich: Die Regierung und die hinter ihr stehenden Parteien fühlen selbst die geringe Resonanz, die ihre Politik noch in der Bevölkerung hat. Um das nicht deutlich werden zu lassen, schliesst man die Öffentlichkeit aus.

+ + +

Die Lobbyisten der Ariseure

H. Die vielen in Bonn schon bestehenden Büros - man spricht auch von Nebenregierungen - der Interessenverbände, die nicht ohne Erfolg bemüht sind, die Wünsche der Wirtschaftsverbände bei den Entscheidungen der Koalitionsparteien zu vertreten, werden demnächst durch ein neues Büro bereichert werden.

Die "Vereinigung für loyale Restitution" hat sich kürzlich auf ihrer in Baden-Baden stattgefundenen Hauptversammlung in eine "Bundesvereinigung der Rückerstattungsgeschädigten" umbenannt. Der angeblich den "Ariseuren" zugefügte Schaden soll durch "einen innerdeutschen Härteausgleich, der auch den Verhältnissen im Einzelfall gerecht werden kann" herbeigeführt werden. Als die wichtigste Aufgabe bezeichnete die oben erwähnte Hauptversammlung "in erster Linie Wahrnehmung der Belange der durch die Rückerstattung Geschädigten" gegenüber der Bundesregierung. Es wurde deshalb beschlossen, in Bonn nach bewährtem Muster eine Interessenvertretung einzurichten. Als Repräsentant der Organisation sollen der erste Vorsitzende des Bundes, der FDP-Abgeordnete Anton Eberhard und sein Stellvertreter, der Landtagsabgeordnete Alfred Steger aus Oppenheim tätig sein. Der Letztgenannte ist von Beruf Steuerberater und war Bürgermeister von Bad Türkheim.

Wenn sich auch die Art und Weise, wie diese Vereinigung an die Öffentlichkeit tritt, von dem üblichen Jargon ähnlicher Organisationen im günstigen Sinne unterscheidet, so verdient doch als recht bezeichnend registriert zu werden, dass die sich benachteiligt fühlenden Ariseure eine Interessenvertretung in der Bundeshauptstadt errichten, um nun wieder ihre "Wiedergutmachung" zu fördern.

+ - +

An unsere Bezisher!

Die nächste Ausgabe unseres Dienstes erscheint am Dienstag, dem 22. Februar 1955.

+ + +

Verantwortlich: Peter Rannau

Dem Schöpfer der demokratischen Einheit Deutschlands

Friedrich Ebert zu seinem
50. Todestag am 28. Februar 1955

Als im ersten Weltkrieg die militärische Niederlage des kaiserlichen Deutschlands besiegelt war, als die Flammenzeichen der Revolution in Kiel, Hamburg, Bremen, Hannover, Braunschweig, Berlin emporglänzten, als am 7. November 1918 Kurt Eisner in München durch die Ausrufung der Republik dem monarchistischen Gedanken den Todesstoß versetzt hatte, als am 8. November Wilhelm II. unter dem Druck der Verhältnisse dem Kaiserthron entsagte, - da erkannte der damalige Reichskanzler Prinz Max von Baden, dass nur ein Mann die blutige Revolution und den völligen Zusammenbruch des Deutschen Reiches verhindern könnte: Friedrich Ebert. Ihm übertrug er das Kanzleramt. Damit handelte Max von Baden im Einverständnis aller führenden Parlamentarier und Staatsmänner.

Ebert, der erst 1912 in den Reichstag eingezogen war, hatte sich schnell die Wertschätzung aller Kollegen des Parlaments erworben. Seine, nach kühler Überlegung gefassten klaren, überzeugenden Entscheidungen in schwierigen Situationen und seine hervorstechendsten Charaktereigenschaften, schlichtes, umgängliches Wesen, Gerechtigkeitssinn, Toleranz, Offenheit, Ehrlichkeit, absolute Zuverlässigkeit in der Erfüllung von getroffenen Absprachen, nötigten jedermann, der mit Ebert jemals zu tun hatte, Achtung ab. Dazu kam sein grosser Einfluss auf die Arbeiterschaft als Vorsitzender der Sozialdemokratischen Partei, der einzigen Partei, die auch während des Krieges trotz der in der Unabhängigen Sozialdemokratie zusammengefassten abgesplitterten Mitglieder stabil geblieben war.

Deutschland stand vor dem Zerfall

In der improvisierten Arbeiter- und Soldatenräteversammlung im Zirkus Busch am 10. November 1918 wurde Ebert in die von den Mehrheitssozialisten und den Unabhängigen Sozialdemokraten gebildete provisorische Regierung als Volksbeauftragter gewählt. Mit Besorgnis bemerkte er vielerlei Anzeichen eines drohenden Zerfalls des Reiches. Jedes der verschiedenen Länder arbeite für sich, ja, zum Teil mit einer deutlichen Spitze gegen den "Wasserkopf Berlin". Der Abfall Bayerns stand bevor. In der Pfalz wurde die Pfälzische, im Rheinland und in einem Teil von Westfalen die Rheinisch-Westfälische Republik propagiert. Schleswig-Holstein, Hannover, Oberschlesien wollten sich ebenfalls vom Reich lösen und sich selbständig machen. Gefördert wurden die Bestrebungen durch die wüste Agitation gegen die Regierung in den Strassen Berlins und die grundsätzlichen Meinungsverschiedenheiten in der Regierung selbst. Ebert, dem die demokratische Gesinnung vom Vater vorgelebt worden war, galt eine demokratische Verfassung als unerlässliche Voraussetzung für den dauernden Bestand eines Staates, in dem Freiheit und Recht jedem Bürger gewährleistet ist. Diese Verfassung konnte nur eine aus allgemeinen freien Wahlen hervorgegangene Nationalversammlung schaffen. Darum trat Ebert energisch für eine sofortige Wahl der Nationalversammlung ein. Die Unabhängigen Sozialdemokraten hingegen wollten die Nationalversammlung solange hinausschieben, bis die Macht der Arbeiterklasse sich gefestigt hätte. Bis dahin sollte der Vollzugsrat

der Arbeiter- und Soldatenräte die Herrschaft ausüben.

Ein erfolgreicher Appell

Auf dem ersten Reichskongress der Arbeiter - und Soldatenräte vom 16. bis 20. Dezember 1918 in Berlin wurde die Frage entschieden. Ebert ging in der mit Explosivstoff geladenen Versammlung gleich in seiner Begrüßungsansprache zum Angriff über: "Das siegreiche Proletariat richtet keine Klassenherrschaft auf. ... Demokratie und Nationalversammlung müssen in dieser Zeit unsere Hauptsorge sein." Mit 400 gegen 50 Stimmen wurde die Wahl der Nationalversammlung auf den 19. Januar 1919 festgesetzt. Die beiden sozialistischen Parteien, Mehrheitssozialisten und Unabhängige Sozialisten, erhielten 45,5 % der abgegebenen Stimmen. Die Kommunisten hatten beschlossen, sich nicht an der Wahl zu beteiligen, obwohl Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg energisch für die Beteiligung eingetreten waren. Am 11. Februar 1919 wählte die Nationalversammlung mit 277 von 379 abgegebenen Stimmen Ebert zum Reichspräsidenten. Die Regierung wurde aus Mehrheitssozialisten, Demokraten und Zentrumsmitgliedern gebildet; die Unabhängigen Sozialisten hatten es abgelehnt, in die Regierung einzutreten.

Auch die weiteren Regierungen der Weimarer Republik bestanden aus Mehrheitssozialisten und Vertretern bürgerlicher Parteien. Ebert respektierte die Wahlergebnisse. Viele seiner Parteifreunde meinten, dass er zu demokratisch handle. Sie glaubten, dass Ebert als Reichspräsident die Macht haben müsste, die sozialistischen Forderungen durchzusetzen. So entstand Mißstimmung gegen Ebert in den Reihen seiner Parteifreunde.

Die Hetze der Rechtsradikalen

Die Rechtskreise waren geradezu wütend, dass der neue Reichspräsident ihnen ihre durch die militärische Niederlage und die Revolution verlorenen Privilegien nicht wiederherstellen wollte. Ihr primitives Denkvermögen liess sie nicht sich mit dem geschichtlichen Tatbestand abfinden. Vornehmlich die Kreise, die ihm alles zu verdanken hatten, die der Industrie sowie die Offiziere, deren Auslieferung als Kriegsverbrecher an die Entente Ebert verhinderte, waren die ersten und rührigsten, die mit ihren Soldschreibern eine abscheuliche Hetze gegen den ersten Reichspräsidenten aus dem Volke entfesselten. Ebert war nicht ehrgeizig, aber er hatte ein feines Ehrgefühl. Er litt sehr unter den haltlosen Verleumdungen, zumal er nicht den leichtesten Anlass dazu gab. Er führte auch als Reichspräsident einen schlichten Hausstand und trat überall bescheiden auf. Wenn man ihm zuredete, mehr Wert auf Repräsentation zu legen, pflegte er zu antworten: "Einfachheit und Sparsamkeit ziemen uns als armes Volk". Bei fremden Politikern und Diplomaten, die Schein vom Sein zu trennen wussten und sich durch äusseren Frunk nicht in ihrem Urteil über den Menschen beeinflussen liessen, genoss Ebert, und übrigens auch seine gleichgestimmte Gattin, Achtung, ja Verehrung.

Der "Landesverräter"

Tatsächlich konnte nicht einer seiner zahlreichen Gegner Ebert auch nur eine Unredlichkeit nachweisen. Da erfand man die Geschichte mit dem Landesverrat, die eine völlige Umkehrung des wahren Tatbestandes war. Die Mitwirkung Eberts zur Beilegung des Berliner Munitionsarbeiterstreiks während des Krieges wurde dazu benutzt, aus ihm einen Landesverräter zu machen. Das Wort "Landesverrat" war der Meute

der willkommene blutige Knochen. Für jeden, der die Vergangenheit Eberts kannte, war die Grundlosigkeit dieser Verleumdung klar. Aber nun war einmal ein Prozess im Gange, und Ebert wollte als Repräsentant des Volkes sich von dem schimpflichen Verdacht reinigen. Er überwand die heftigen Schmerzen, die ein schweres Leiden ankündigten. Erst wollte er den Prozess hinter sich haben, um sich einer Operation zu unterziehen. Als die Krankheit ihn buchstäblich niederwarf und Geheimrat Bier zu einer sofortigen Operation riet, war es bereits zu spät. Eine nicht rechtzeitig behandelte Blinddarmentzündung hatte eine Bauchfellentzündung verursacht, die den Tod herbeiführte. Er starb am 28. Februar 1925 im Alter von 54 Jahren.

Unvergängliche Verdienste

Jetzt, nach seinem Tode, zeigte es sich, wie stark die Verehrung und Liebe, die Ebert im deutschen Volke und auch im Auslande genoss, und wie verschwindend klein die Clique seiner Verleumder war. Auf dem Bergfriedhof seiner Vatersadt Heidelberg fand er seine letzte Ruhestätte. Sein Mitarbeiter Hermann Müller, der ehemalige Reichskanzler, hielt die Gedächtnisrede. "Die Geschichte", so schloss er, "wird über Friedrich Ebert das Urteil verkünden". Ein schlichter Block am Grabe trägt neben dem Namen Friedrich Ebert den Wahlspruch seines Lebens:

"Des Volkes Wohl ist meiner Arbeit Ziel".

Das historische Verdienst Friedrich Eberts ist, aus dem politischen und wirtschaftlichen Chaos des Jahres 1918 einen konsolidierten demokratischen Staat mit einer aufblühenden Industrie geschaffen und das Deutsche Reich vor dem drohenden Zerfall bewahrt zu haben.

Fürst Bülow, Kaiser Wilhelms Reichskanzler, bezeichnete nach einer kurzen Unterredung mit Ebert ihn als "einen Mann von natürlichem Ansand und gesundem Verstand", von dem er den Eindruck hatte, "mit einem redlichen und tüchtigen Manne zu sprechen." Und Bülow fährt (S. 105 im 3. Band seiner "Denkwürdigkeiten") fort: "Nachdem im Weltkriege vier Reichskanzler nacheinander völlig versagt hatten, nachdem Wilhelm II. ins Ausland geflohen und das... deutsche Reich zusammengebrochen war, betrachte ich es für ein Glück im Unglück, dass die Welle der Revolution auf den Präsidentenstuhl gerade dieser Mann trug. Er lieferte jedenfalls den Beweis, dass in unserem ach! so unpolitischen Deutschland der Arbeiterstand starke politische Talente, aller Achtung würdige Charaktere und hervorragende Parteiführer zu stellen vermag."

+

Max Fetters

Anmerkung:

Der Artikelschreiber, ein langjähriger Mitarbeiter Eberts, ist der Verfasser der Ebert-Biographie, die in 2. Auflage mit einer Rede des Bundespräsidenten Professor Dr. Theodor Heuss vor kurzen im arani-Verlag in Berlin erschienen ist. (178 Seiten mit 7 Bildtafeln, in Ganzleinen mit farbigem Umschlag 8.20 DM)

+ + +